

Zeitung vom Freitag 30.08.2024

KRIEG IN NAHOST

Gegen das eigene Volk

Von Mordechai Kremnitzer

5 Minuten

30. August 2024 ·

Ein Vier-Punkte-Plan für den Frieden: Damit der Krieg in Nahost zu einem Ende kommt, muss das wahre Israel gegen seine antiisraelische Regierung unterstützt werden.

Der Krieg in Gaza geht immer weiter, der Norden Israels steht unter Dauerbeschuss, und die israelischen Geiseln sind nach wie vor in der Gewalt der Hamas. Jetzt muss alles für eine sofortige Beendigung des Kriegs getan werden. Eine Waffenruhe böte die Chance, dass alle Geiseln freikommen, die Palästinenser in Gaza und die Einwohner nordisraelischer Ortschaften wieder in ihre Häuser zurückkehren können und mit dem Wiederaufbau des Gazastreifens begonnen werden könnte.

Auf militärischem Weg allein ist das nicht zu erreichen. Es bedarf vielmehr einer umfassenden diplomatischen Strategie, die, wie im Friedensplan von Präsident Joe Biden vorgeschlagen, folgende Elemente enthalten würde: einen stabilen Waffenstillstand an beiden Fronten, die Ablösung der Hamas durch eine andere Regierung im Gazastreifen, ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern auf Basis der Zwei-Staaten-Lösung, die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien sowie anderen arabischen und muslimischen Staaten, die bereit wären, mit dem Westen eine gegen Iran und seine fundamentalistischen Verbündeten gerichtete Allianz zu schließen.

Einem solchen Friedensplan steht aber mindestens ein großes Hindernis im Weg, die Tatsache nämlich, dass Israel jedwede Verständigung mit den Palästinensern ablehnt. Diese Haltung ist bedauerlich.

Demokratische Verfahren weniger toleriert

Israel hat über mehr als zehn Jahre die Finanzierung der fundamentalistischen Hamas durch Qatar erlaubt, um eine Annäherung zwischen Hamas und der gemäßigten Palästinensischen Autonomiebehörde zu verhindern und die seit 1967 bestehende Besatzung des Westjordanlands aufrechtzuerhalten. In gewissem Sinne hat Israel die Hamas gefördert und damit den monströsen Anschlag vom 7. Oktober ermöglicht, aus dieser schmerzhaften Erfahrung aber keine Lehre gezogen. Auch die Überraschung in - Israel nach dem Terrorangriff ist ohne die Arroganz gegenüber den Palästinensern nicht zu verstehen – zwangsläufiges Ergebnis einer jahrzehntelangen militärischen Besatzung und ihres Einflusses auf die Psyche des Besatzers, der in den Bewohnern der besetzten Gebiete generell Menschen zweiter Klasse sieht.

Die Besatzung ist der Hintergrund, hinzu kommen die von der Hamas und ihren Anhängern verübten Gräueltaten sowie die Äußerungen von Politikern und anderen Meinungsträgern, die nicht mehr unterscheiden zwischen Terroristen und Zivilisten, sondern nur noch von Bestien reden. Diese Verrohung hat einen zerstörerischen Einfluss auf Gesellschaft und Politik, aber auch auf das Verhalten von Soldaten, die etwa palästinensische Zivilisten in Gaza als menschliche Schutzschilder einsetzen. Dies erklärt auch die Empfehlung von Staatsanwalt Amit Aisman, keine Ermittlungen gegen Minister und Knessetabgeordnete aufzunehmen, die sich durch hetzerische Reden hervorgetan haben.

Die fortdauernde militärische Besatzung führt zwangsläufig zu Widerstand und endloser Gewalt. Daraus erwächst die Sehnsucht nach einem starken Führer, der zuverlässig mit harter Hand agiert. Gleichzeitig werden langwierige, geordnete demokratische Verfahren und das Prinzip der Gewaltenteilung immer weniger toleriert. Das untergräbt die Demokratie und gefährdet grundlegende Rechte, autoritär-populistische Tendenzen gewinnen an Zuspruch, universale Rechte werden missachtet. Kein Wunder, dass der Umbau der Justiz weiter vorangetrieben wird. Die Unabhängigkeit der Gerichte soll eingeschränkt werden, statt Professionalität und Leistung ist im öffentlichen Dienst nun blinde Loyalität gegenüber der Regierung gefragt. Die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wird eingeschränkt, die arabische Minderheit faktisch mundtot gemacht, die Regierung soll mit uneingeschränkter Macht ausgestattet werden. Die jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland verstoßen gegen das Völkerrecht. Dass den Palästinensern – individuell und kollektiv – Rechte abgesprochen werden, ist eklatantes Unrecht und wird zu einer Isolierung und Schwächung von Israel führen (nicht zuletzt wegen der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, die für die Wirtschaft nachteilige Folgen hat). Ganz allein der Iran-Achse gegenüberzustehen ist für Israel ein existenzielles Risiko.

Instabilität im Nahen Osten gefährdet Weltfrieden

Um diese scheinbar irrationalen Dinge zu verstehen, muss man die Kräfte betrachten, die in der gegenwärtigen Regierung eine maßgebliche Rolle spielen, insbesondere Itamar Ben-Gvir, Minister für „nationale Sicherheit“, und Bezalel Smotrich, Minister für Finanzen und zuständig für den Ausbau der Siedlungen im Westjordanland. Beide propagieren eine messianisch-rassistische Vision eines Groß-Israel, in dem ausschließlich Juden Platz haben. Folglich befürworten sie ein Aushungern der Bevölkerung von Gaza, sie erscheinen zu provokanten Auftritten auf dem Tempelberg (was gegen den Status quo verstößt und die islamische Welt empört) und untergraben systematisch den Rechtsstaat (Verbrechen wie Totschlag und Vergewaltigung werden entschuldigt, „die Unseren“ anders behandelt als „die Anderen“, also Araber und Angehörige der Opposition).

Normalerweise gilt, dass in einer Demokratie die Regierung die Interessen des Volkes vertritt, und Außenstehende haben nicht zu beurteilen, ob das auch zutrifft. Aus mehreren Gründen ist Israel inzwischen eine Ausnahme. Israels Hoheit über die Palästinensergebiete ist nicht legitimiert. Im Westjordanland ist die Herrschaft des Mobs an die Stelle von Recht und Gesetz getreten. Die Palästinenser dort sind schutzlos. Das persönliche Interesse von Ministerpräsident Netanyahu an einer Fortsetzung des Krieges (gegen ihn laufen mehrere Strafverfahren und Ermittlungen) widerspricht eklatant den Interessen der Bürger Israels. So verrückt es auch klingen mag, die israelische Regierung ist eine antiisraelische Regierung, größtenteils aus undemokratischen und antidemokratischen Kräften bestehend, die der Demokratie in Israel bereits schweren Schaden zugefügt haben. Instabilität im Nahen Osten gefährdet den Frieden in der Welt.

Für Israelis und Palästinenser geht es um Leben oder Tod. Die Existenz Israels ist bedroht. Die größte Gefahr kommt von innen, von den Feinden von Frieden und Demokratie. Diese Kräfte zu unterstützen ist kein Ausdruck von Freundschaft mit Israel, im Gegenteil. Die Freunde Israels sind aufgerufen, die liberalen Demokraten in Israel und das wahre Israel gegen die friedens- und demokratiefeindliche Politik der israelischen Regierung zu unterstützen. Dieser Appell ist ein SOS-Ruf.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork.

Mordechai Kremnitzer ist emeritierter Professor für Rechtswissenschaft der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)